

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 3/2018

Analyse DIW Econ:

Privatschulen haben heterogene Schülerschaft

Berlin, März 2018 – Die Einkommensstruktur der Eltern, die ihr Kind auf eine Privatschule schicken, unterscheidet sich nur unwesentlich von Eltern mit Kindern auf öffentlichen Schulen. Das hat eine Analyse des DIW Econ, ein Unternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, im Auftrag des Verbandes Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP) ergeben. Privatschulen werden somit über alle Einkommensstrukturen hinweg nachgefragt. Freie Schulen wählen ihre Schüler nicht nach den Besitzverhältnissen der Eltern aus und halten das so genannte Sonderungsverbot nach dem Grundgesetz ein.

Die Analyse basiert auf der Welle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die Daten für das Jahr 2015 enthält. Werden die Haushalte mit Kindern auf Privatschulen mit Haushalten mit Kindern an öffentlichen Schulen miteinander verglichen, wird deutlich, dass sie sich unwesentlich unterscheiden. Rund 14 Prozent der Privatschulhaushalte verfügen über weniger als 2.000 Euro monatliches Nettohaushaltseinkommen. Der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Einkommen zwischen 2.000 und unter 6.000 Euro liegt bei 71 Prozent. Dies entspricht nahezu der Einkommensverteilung an öffentlichen Schulen. *„Damit bestätigt sich, dass freie Schulen eine heterogene Schülerschaft aufweisen. Diese gesellschaftliche Durchmischung ist entscheidend für ihren pädagogischen Erfolg“*, so Klaus Vogt, Präsident des VDP.

Bei der Betrachtung einzelner Schulformen, zum Beispiel des Gymnasiums, konnten ebenfalls kaum Unterschiede festgestellt werden. Bei den Medianeinkommen liegt der Unterschied zwischen Einkommen von Haushalten mit Privatschülern und Haushalten mit Schülern an öffentlichen Schulen bei lediglich 3 Prozent. *„Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass die Einkommensverhältnisse der Eltern bei der Wahl zwischen freier oder öffentlicher Schule nur eine geringe Rolle spielen“*, so Klaus Vogt weiter. Hinzu kommt, dass erst durch das verlässliche Betreuungsangebot von privaten Ganztageseinrichtungen viele Eltern einer Teilzeit- oder Vollzeittätigkeit nachgehen können. Dadurch verbessert sich – trotz Schulgeld – auch das Nettohaushaltseinkommen. Freie Ganztagschulen eröffnen damit einer maßgeblichen Zahl Arbeitssuchender den beruflichen Wiedereinstieg.

Freie Schulen werden jedoch nur teilweise vom Staat finanziert. Lediglich 60 bis 70 Prozent dessen, was Staat und Kommunen für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen ausgeben, wenden sie auch für Privatschulen auf. Die Deckungslücke muss über Schulgeld kompensiert werden. Für den Staat sind Privatschulen deshalb Sparmodelle. Durch ihre vielfältigen pädagogischen Konzepte leisten sie jedoch einen wesentlichen Beitrag für das deutsche Bildungssystem. *„Schüler und Eltern müssen deshalb auch weiterhin echte Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen schulischen Organisationsformen haben“*, so Klaus Vogt.

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Nähere Informationen erhalten Sie bei: Robert Renner, Pressesprecher.